Nr. 154.2025
04. Dezember 2025

Presse

Pressemitteilung
der SPD-Bundestagsfraktion

AG Kultur und Medien

Filmstandort Deutschland: Die Investitionsverpflichtung muss kommen

Wiebke Esdar, *stellvertretende Fraktionsvorsitzende:*
Martin Rabanus, *kultur- und medienpolitischer Sprecher:*

Kulturstaatsminister Weimer hat angekündigt, die deutsche Filmlandschaft mit einem starken Impuls nach vorne bringen zu wollen. Ein richtiges Signal – in der Ausgestaltung brauchen wir jedoch dringend klare gesetzliche Vorgaben und keine freiwilligen Selbstverpflichtungen.

„Es ist gut, wenn der Kulturstaatsminister endlich anerkennt, dass die deutsche Filmbranche einen massiven Investitionsschub braucht. Wer aber Milliarden in Aussicht stellt, darf sich nicht mit bloßen Absichtserklärungen der Streamingdienste zufriedengeben. Ohne klare gesetzliche Vorgaben trägt am Ende die Branche das volle Risiko, während globale Plattformen ihre Renditen sichern.

Spätestens die aktuelle Herbstumfrage der Produktionsallianz, in der 85 Prozent der Produktionsfirmen die Lage als schlecht oder sehr schlecht bewerten, macht deutlich: Das ist keine vorübergehende Delle, sondern eine strukturelle Krise. In dieser Situation auf freiwillige Zusagen zu setzen, die morgen wieder einkassiert werden können, ist politisch verantwortungslos. Freiwillige Selbstverpflichtungen werden im besten Fall nur einen Teil des Volumens mobilisieren, das für eine nachhaltige Stabilisierung der Branche notwendig ist – je nach Ausgestaltung droht der Betrag sogar unter den heutigen Ausgaben der Streaminganbieter zu bleiben und zu einem bloßen Marketingmanöver zu verkommen.

Im Koalitionsvertrag haben wir die Einführung einer verlässlichen Investitionsverpflichtung vereinbart. Nur eine klare, gesetzlich verankerte Investitionsverpflichtung sorgt dafür, dass insbesondere die Streamingdienste einen festen Anteil ihrer in Deutschland erzielten Umsätze in hiesige Produktionen reinvestieren und die Rechteposition unabhängiger Produzentinnen und Produzenten gestärkt wird. Dieses Versprechen darf nicht zurückgenommen werden.

Andere Länder wie Frankreich zeigen seit Jahren, dass verbindliche Investitionsregeln Wachstum, Vielfalt und Beschäftigung in der Filmwirtschaft stärken. Deutschland darf hier nicht länger hinterherhinken. Entscheidend ist nicht, welche Überschrift ein Talk-Format produziert, sondern welches Gesetz am Ende im Bundesgesetzblatt steht.“

Impressum

Nr. 154.2025 / 04. Dezember 2025

Herausgeber: Katja Mast
Redaktion: Dominik Dicken

T 030 227 52282
030 227 51118
E Presse@spdfraktion.de

Der Text kann im Internet unter www.spdfraktion.de abgerufen werden.

SPD
Fraktion im Bundestag